

(Minister Peer Steinbrück)

(A) In letzter Konsequenz, Herr Stahl, würde es bedeuten: Machen wir alle 18 Millionen Einwohner in Nordrhein-Westfalen zu Betriebsprüfern. Dann haben wir eine Maximierung des Steueraufkommens in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Edgar Moron (SPD):  
Dann hätten wir auch keine Probleme mit der Arbeitslosigkeit! - Widerspruch bei der FDP)

So wird es nicht funktionieren. Es wird wohl eine Abwägung in diesem Zusammenhang geben müssen.

Frau Freimuth hat mit dem Thema der Aufgabenreduzierung sicherlich einen wichtigen Aspekt angesprochen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir alle auf einem hohen Abstraktionsniveau sehr schnell übereinstimmen wie bei vielen anderen Themen auch. Wir sind alle für Subventionsabbau. Wir sind alle dafür, dass wir einen Konsolidierungskurs fahren sollten. Wir sind alle dafür, dass man nach Möglichkeit die Steuerbemessungsgrundlage in Deutschland erweitern sollte, aber mit den Steuersätzen heruntergehen sollte. Genau so ist es bei der Aufgabenreduzierung im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Nur: Wenn es konkret wird, wird es schwierig, und zwar auch für die FDP.

(B)

Aufgabenreduzierung ist nicht zuletzt deshalb so schwierig, weil diejenigen, die die derzeitigen Aufgaben wahrnehmen, ihre Gärten stark verteidigen. Warum tun sie das? - Weil ihr Fortkommen, weil die Ressourcenzuteilung, weil die Zuteilung von Personal und Sachmitteln natürlich davon abhängig ist, dass sie besonders überzeugend begründen, warum die jetzige Aufgabenwahrnehmung weiter fortgesetzt werden sollte.

(Angela Freimuth [FDP]: Dann muss das geändert werden!)

- Ja, aber diesen Knoten durchzuschlagen ist für die politische Ebene ausgesprochen schwierig.

Es macht keinen Sinn, dies nur abstrakt zu debattieren. Man müsste in der Tat verschiedene Bereiche sehr konkret durchgehen - auch in den Ausschüssen dieses Landtages -, um festzustellen, wo wir bereit wären, die Staatsaktivitäten zurückziehen, welche Auswirkungen das auf das Personal hätte und welche Einsparungen möglich wären.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen. (C)

Peer Steinbrück, Finanzminister: Wir sind uns einig bezüglich der Pensionslasten. Stellen Sie sich vor, ich würde im nächsten Haushalt eine Vorsorge schaffen von ungefähr 72 Millionen, um eine versicherungswirtschaftliche Komponente für zukünftige Beamtinnen und Beamte einzuführen. Dann läuft das natürlich auf ein Mehr an Personalausgaben hinaus. Die Frage ist, wie sich der Landtag darauf einlassen würde.

Mein Bemühen wird es sein, eine solche Vorsorge in dieser Legislaturperiode zu schaffen, aber dann bitte nicht unter der Kritik, wir würden die Personalausgaben erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Beratung der Stellenpläne. Eine Abstimmung erfolgt an dieser Stelle nicht, da sie eingebunden ist in die Abstimmung über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz 2002. (D)

Ich rufe Nummer 7 auf:

**Einzelplan 12: Finanzministerium**

In Verbindung damit:

**Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung**

Und:

**Haushaltsgesetz 2002**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/1800, 13/1812 und 13/1816, ferner auf die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP. Zum Einzelplan 12 sind das die Nummern 142 bis 145 Ihrer Tischvorlage. Zum Einzelplan 20 sind es die Nummern 146 bis 153 und die Nummern 156 bis 160 der Tischvorlage. Zum Haushaltsgesetz 2002 und zum Haushaltsbegleitgesetz ist es die Nummer 154 Ihrer Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Diegel für die CDU-Fraktion das Wort.

(A) **Helmut Diegel (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zu einer sicherlich nicht ganz einfachen Situation zu einer späten Mitternachtsstunde vor vollem Plenum und vor einer großen Wahrnehmung

(Edgar Moron [SPD]: Wie lange wollen Sie denn reden?)

zu einem Thema, Herr Moron, das eigentlich alles betrifft. Wir reden jetzt über alles. Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass Sie, Herr Moron, und auch die Fraktion der Grünen eine große Chance vertan haben.

(Beifall bei CDU)

Sie haben in Ihren Beratungen eigentlich nichts anderes gemacht, als Schutzpatron für die Exekutive zu sein. Nichts anders haben Sie getan. Ihre legislativen politischen Gestaltungsmöglichkeiten haben Sie aufgegeben. Sie machen sich hier zum Fürsprecher und zum Schützer des Finanzministers

(Brigitte Speth [SPD]: Der ist gut, der Mann!)

und des Ministerpräsidenten. Und dabei bleibt es!

(B) (Edgar Moron [SPD]: Jetzt sind wir aber ins Herz getroffen!)

Die CDU-Fraktion hat immerhin Anträge in einem Volumen von rund 524 Millionen Euro entwickelt.

Die Chance, die Sie verpasst haben, ist: Sie hätten helfen können, und zwar sowohl den Bürgern als auch den Betroffenen, die wir konkret angesprochen haben. Sie hätten helfen können, die unfairen und ungerechten Kürzungen im Bereich des Sozialen rückgängig zu machen.

(Brigitte Speth [SPD]: Haben wir doch auch!)

Sie hätten helfen können im Bereich der Lehrer, den Missstand, der durch PISA und andere Studien aufgedeckt worden ist, hier im Land zu korrigieren.

(Beifall bei der CDU - Bernd Flessenkemper [SPD]: So einfach ist das!)

Sie hätten helfen können, dass wir das Bildungsland Nordrhein-Westfalen ein Stückchen näher an die Ansprüche heranbringen, die Sie sich selber setzen.

(Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Gnade!)

(C) Sie hätten insbesondere auch helfen können, das Paket zur inneren Sicherheit tatsächlich so auszugestalten, dass es Wirkungen entfaltet.

(Beifall bei der CDU)

Und, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen: Sie hätten den Kommunen helfen müssen, die Sie mit 700 Millionen DM wiederum befrachten, ausplündern und damit in den Notstand stürzen.

(Beifall bei der CDU)

Alle diese Anträge, die wir hier zur Korrektur des Haushalts gestellt haben, sind von Ihnen mit Polemik bedacht und schlichtweg abgelehnt worden.

(Edgar Moron [SPD]: Das war nur sachgerecht!)

Nun kann man sich ja möglicherweise darüber unterhalten, dass vielleicht der eine oder andere Antrag, weil er von der Opposition kommt - also von der CDU oder der FDP, - von Ihnen inhaltlich nicht mitgetragen werden kann;

(Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Quatsch!)

aber dass Sie uns weismachen wollen, dass jetzt im vierten Jahrzehnt wiederum alle Anträge, die die Opposition hier stellt, null und nichtig sind, dass das alles Blödsinn ist - das ist eine Art und Weise, wie Sie hier eine Legislative ausüben, die einfach nicht fachgerecht ist.

Aber kommen wir zu den Einzelheiten!

(Brigitte Speth [SPD]: Um Himmels willen!)

(D) Ich möchte zunächst noch einmal auf Ihre Übungen eingehen, Herr Finanzminister, die sich ja im Wesentlichen darauf beschränken zu meinen, uns z. B. in Fragen des Personals vorführen zu können.

(Brigitte Speth [SPD]: Das stimmt ja auch!)

Diejenigen, die im Bereich der Stellenkürzungen bisher Ergebnisse im Promille-Bereich vorzuweisen haben, sollten sich hier wirklich nicht hinstellen und erklären, sie könnten es besser.

(Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Aber die großen Promille, die Sie fordern, sind ja auch nicht gerade sachgerecht!)

Sie sollten andererseits eingestehen, Herr Finanzminister, dass Sie es hier mit einem Haushalt zu tun haben, der Sie zum ersten Mal nicht nur an den Rand der Verzweiflung bringt, sondern der

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) eigentlich ein Dokument des finanzpolitischen Versagens ist und der uns hier deutlich macht, dass Sie am Ende sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wie sonst ist es zu erklären, dass der großartige Versuch der Koalitionsfraktionen, Investitionsleistungen im Bereich der Kommunen zu Schlüsselzuweisungen zu erklären, im Umfang einer Prolite-Summe von 160 Millionen Sie an den Rand der Verzweiflung bringt, Sie sogar zur Korrektur der Vorschläge der Fraktionen veranlasst? Wie ist es zu erklären, dass ein Haushalt schon bei solchen Vorschlägen verfassungswidrig wird?

Das zeigt, wie bewegungsunfähig Sie sich selbst mit Ihren Vorschlägen gemacht haben.

Es zeigt aber noch etwas anderes. Es zeigt uns allen, dass dieser Haushalt von Ihnen so hart an die Kante gefahren worden ist, dass wir nicht nur keine Handlungsspielräume mehr haben, sondern dass wir feststellen können, dass dieser Haushalt - wie es Ihnen z. B. Prof. Birk für die Haushalte 1999, 2000 und 2001 mit einem Gutachten belegt hat, einem politisch unabhängigen Gutachten -

- (B) (Lachen von Britta Altenkamp-Nowicki [SPD])

im Vollzug wiederum verfassungswidrig werden wird. Das wissen Sie sehr genau.

(Edgar Moron [SPD]: Wann klagen Sie denn endlich? - Minister Peer Steinbrück: Wann haben Sie denn zu Ende geprüft?)

- Wissen Sie, Herr Moron, auch das ist so ein Schauspiel, das Sie hier veranstalten.

(Edgar Moron [SPD]: Ihr redet doch nur! Maulheldentum!)

Sie wissen genau, dass es sich bei diesem Gutachter nicht um irgendjemanden handelt. Er ist Professor für Steuerrecht in Münster, der hier in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt ist. Wenn er Ihnen aber nicht ein Gutachten nach Ihrer Fassung schreibt, dann ist das alles wertlos.

(Edgar Moron [SPD]: Er hat ein Auftragsgutachten geschrieben! Sicher, ein Auftragsgutachten!)

Herr Moron, ich denke, Sie sollten sich die gleiche Mühe machen wie wir und ebenfalls sehr genau prüfen, wo es Ansätze gibt, die möglicherweise die Auffassung des Finanzministers belegen; wir sollten aber auch sehr genau prüfen, wo es Ansätze gibt, nach denen das nicht verfassungskonform ist. Dann werden wir uns entscheiden. Wir werden uns nach dem 19. Dezember entscheiden; darauf können Sie sich verlassen.

(Frank Baranowski [SPD]: Darauf freuen wir uns schon! Das dauert zehn Jahre!)

Meine Damen und Herren, wir hatten von Ihnen eigentlich erhofft, dass Sie sich als Anwalt für den Bereich der Kommunen verstehen und die Betroffenen und die Bürger mit uns gemeinsam unterstützen. Ich hatte gehofft, dass insbesondere auch der neue Landesvorsitzende in spe, Herr Schartau, sich einmal so richtig ins Zeug legen würde, denn er erklärt ja: Das ist für mich die Nagelprobe; wir müssen die Kommunen wiedergewinnen. Wir wollen hier Mehrheiten gewinnen, also wollen wir auch etwas für die Kommunen tun.

Herr Schartau, so werden Sie keine Wahlen gewinnen. Sie können nicht denen alles nehmen und dann erklären, Sie seien der Wohltäter.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Wollen Sie erklären, wie man Wahlen gewinnt? - Zuruf von der CDU: Wir werden gewinnen!)

Damit werden Sie die Wahlen nicht gewinnen und darin können Sie auch mit dem Finanzminister keine Übereinkunft herstellen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Herr Diegel, erklären Sie das mal!)

- Herr Clement, darauf gehen wir sofort ein. Die Kommunalwahl 1999 haben wir gewonnen, und das, obwohl Sie hier Landesvorsitzender und Ministerpräsident waren.

(Edgar Moron [SPD]: Und ein Jahr später haben Sie alles verspielt gehabt! - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Und da steht jetzt der Stürmer! - Dr. Stefan Grüll [FDP]: Jetzt streiten sich die Wahlverlierer von 2000! - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Wir haben schon einmal einen vor der Tür stehen gehabt!)

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Ich schlage vor, Herr Clement, die Änderungsanträge, die wir hier gestellt haben, wirklich nicht immer nach der gleichen Prozedur abzuhandeln, dass sie nur deshalb, weil sie von der Opposition kommen, niedergestimmt werden.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das haben Sie schon erläutert!)

Nehmen Sie diese Anträge einmal ernst. Wir sind bereit und haben Ihnen schon seit Jahren angeboten, dass wir im Bereich der Pensionen bereit sind zu helfen.

(Lachen von Britta Altenkamp-Nowicki [SPD])

Wir haben gesagt, dass wir auch bereit sind, Ihnen bei einer Sparkommission zu helfen. Nur, die Beteiligung des Parlaments geschieht hier ja nur halb; die Informationen werden dem Parlament nur zur Hälfte, nämlich auf der Seite der Koalitionsfraktionen, gegeben, und zur anderen Hälfte nicht.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Selbst das nicht!)

- (B) - Möglicherweise selbst das nicht! Und trotz dieser Informationen haben Sie es nicht fertig gebracht, Herr Clement und Herr Steinbrück, Deckungsvorschläge zu schaffen, um für Ihre eigenen zusätzlichen Lehrerstellen dem Parlament eine seriöse Deckung zu präsentieren. Bis zum heutigen Tag hat die Sparkommission versagt, so wie der Finanzminister mit seinem Entwurf versagt hat. Wir können das hier rauf und runter besprechen; Ihr Haushalt wird ein Dokument des politischen Versagens bleiben.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Der einzige im Saal, der nicht versagt, sind Sie!)

Er wird im Vollzug des Jahres 2002 ebenfalls verfassungswidrig werden, und er wird ein Beleg dafür werden, dass Sie keine weiteren Wahlen hier im Lande gewinnen können.

(Beifall bei CDU und FDP - Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Si tacuisses!)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linsen:** Vielen Dank, Herr Kollege Diegel. Für die SPD spricht jetzt Herr Siekmann.

(C) **Erwin Siekmann (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein Wort an Herrn Diegel: In einer Haushaltsdebatte wird Fachpolitikern zur Verdeutlichung ihrer Anliegen eine gewisse Überzeichnung ihrer Argumente zugestanden. Das gilt aber nicht für Haushaltspolitiker.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden auf Dauer nach meiner Überzeugung nur ernst genommen, wenn sie sachlich und korrekt mit Zahlen umgehen. Diesen Grundsatz haben Sie heute mehrfach verletzt

(Beifall bei der SPD)

und sich für die große Pose und theatralische Überzeichnungen entschieden. Das, Herr Diegel, wird weder der Sache noch dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gerecht.

(Zurufe von der CDU - Heinz Hardt [CDU]: Das ist ja wie bei Rumpelstilzchen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor drei Monaten wurde der Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2002 plenar eingebracht. Trotz erwarteter erheblicher Steuermindereinnahmen als Folge der Steuerreform in Höhe von fast 3 Milliarden DM konnte der Haushaltsentwurf unter die Überschrift gestellt werden: Erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder.

(D) Dies war nur durch schmerzliche Programmkürzungen, Programmstreichungen und ein Haushaltsbegleitgesetz erreichbar. Das Ergebnis war dann aber Nullwachstum der Staatsausgaben und Senkung der Neuverschuldung um mehr als 400 Millionen DM gegenüber dem Soll-Ansatz des Jahres 2001.

Trotz des Sparkurses und der bis zu diesem Zeitpunkt angenommenen Steuerausfälle als Folge der Steuerreform konnten wichtige politische Schwerpunkte der SPD, aber auch des Koalitionspartners zusätzlich im Haushaltsentwurf platziert werden, nämlich Mittel für die konsequente Umsetzung des Stufenplanes Verlässliche Schule, Mittel für die Verbesserung und Ausweitung der Ganztagsbetreuung und Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Bei den Haushaltsberatungen haben die SPD-Fraktion und auch der Koalitionspartner konsequent daran festgehalten: keine NKE-Erhöhung,

(Erwin Siekmann [SPD])

- (A) sondern Absenkung gegenüber dem Vorjahr, und - von einer relativ geringen Ausnahme abgesehen - keine globale Minderausgabe. In einigen Bereichen und zugunsten der Kommunen wurden Verbesserungen mit echten, also tatsächlichen Deckungsvorschlägen beschlossen. Dieser Sachstand war bis Mitte November 2001 gültig.

Die Steuerschätzung Mitte November 2001 riss für das Jahr 2002 dann praktisch über Nacht ein riesiges Loch in die Einnahmen des Landes, und zwar in Höhe von netto 1,7 Milliarden DM. Damit waren die vorgesehene Senkung der NKE und der Verzicht auf globale Minderausgaben nicht mehr zu halten. Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf musste die NKE nun um 820 Millionen DM angehoben werden. Außerdem muss eine globale Minderausgabe von über 400 Millionen DM ausgebracht werden. Eine andere Lösung war für das Haushaltsjahr 2002 nicht mehr darstellbar. Vom Haushaltsjahr 2003 an muss der Pfad der Tugend aber wieder dringend beschritten werden. Die NKE ist kontinuierlich zu senken. Grundsätzlich darf es keine globalen Minderausgaben mehr geben.

- (B) Ich möchte gerne in diesem Zusammenhang einige Anmerkungen zu den Auswirkungen der Steuerreform machen. Steuersenkungen - wer bestreitet das? - sind gut für Arbeitnehmer. Die Kaufkraft wird gestärkt und die Binnennachfrage angeheizt.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Steuersenkungen sind gut für Unternehmen. Die globale Konkurrenzfähigkeit wird verbessert und die Investitionsbereitschaft gestärkt. Wenn die Rechnung aufgeht, werden so auch mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Es gibt aber noch eine dritte Seite, nämlich die Auswirkungen von Steuerermäßigungen bzw. Steuersenkungen als Einnahmeausfälle für die öffentlichen Hände. Es wird immer wieder behauptet, im Endergebnis würden Steuersenkungen durch Steuererhöhungen mehr als ausgeglichen. Es handelt sich hier um eine sehr umstrittene These. Die Erwartungen gehen von einer behutsamen Prognose bis hin zu euphorischen Annahmen.

Ich selbst rate, bei künftigen Steuersenkungen auch die Interessen der öffentlichen Hände verstärkt im Blick zu haben. Ich begrüße darum ausdrücklich, dass die Bundesregierung die nächste

Stufe der Steuerreform nicht vorzieht. Weitere Einnahmeverluste wären von den Bundesländern und ihren Gemeinden wohl kaum zu verkraften.

Die FDP wird in diesem Zusammenhang nach meiner Einschätzung kaum von ihrem - wie ich meine - Irrweg abzubringen sein. Bei der CDU/CSU sind die Töne von Frau Merkel nach Intervention von Herrn Stoiber wesentlich moderater geworden. Auch in Bayern befürchtet man kaum zu verkraftende zusätzliche Einnahmeausfälle.

Jetzt einige Anmerkungen zu den Anträgen der Opposition: Sie wurden in den Fachausschüssen und zum Teil auch noch einmal plenar beraten und beschieden. Eine erneute Bewertung im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplan 20 ist darum nicht sinnvoll und nicht notwendig.

Wegen der Deckungsproblematik möchte ich aber drei Anträge noch einmal kurz ansprechen, erstens den Antrag der FDP zum WFA-Vermögen. Meine Damen und Herren der FDP, der Finanzminister hat mit Engelsgeduld versucht, Ihnen die Bedeutung dieses Vermögens für die Stärkung des Eigenkapitals der WestLB nahe zu bringen. Ihr Antrag lässt nur den Schluss zu, dass Sie an einer Stärkung der WestLB nicht interessiert sind und diese Landesbank und die Sparkassenlandschaft schwächen wollen

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

oder bereit sind hinzunehmen, dass sie geschwächt werden. Unsere Ablehnung Ihres Antrages kann Sie nicht überrascht haben. Im Grunde sind damit alle Mehrausgaben, die mit diesen Mitteln gedeckt werden sollen, ungedeckt und damit unseriös.

Der Steinkohle-Antrag ist genauso zu beurteilen. Insgesamt fordern Sie Mehrausgaben in einer gigantischen Höhe von über 3 Milliarden DM, ohne eine echte Deckung anzubieten. Dieses Verhalten bedarf keiner näheren Kommentierung. Es spricht für sich. Das Wort "unseriös" ist in diesem Zusammenhang eher eine Untertreibung.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Fraktion will einen Teil ihrer beantragten Mehrausgaben mit einer Renditeerwartung von 250 Millionen DM gegenüber dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb decken. Ich weise darauf hin, dass im Jahre 2002 50 Millionen DM vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb an den Landeshaushalt

(C)

(D)

(Erwin Siekmann [SPD])

(A) fließen. Ein umfangreicheres Ergebnis bereits im zweiten Jahr des Bestehens ist nicht erzielbar.

In diesem Zusammenhang betone ich ausdrücklich, dass die SPD-Fraktion nach wie vor überzeugt ist, dass die Errichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes als Sondervermögen eine wichtige und richtige Maßnahme war und ist und nach Abschluss der Umstellungsnotwendigkeit in angemessener Zeit auch den Landeshaushalt spürbar entlastet. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb ist auf dem richtigen Weg.

Nach knapp einem Jahr wurden erhebliche Fortschritte bei der Organisation und durch Konzentration und Effektivitätssteigerung erreicht. Es soll nicht verschwiegen werden, dass es im Hochschulbereich immer noch Vorbehalte gibt. Diese auszuräumen ist auch Aufgabe des Verwaltungsrates, in dem auch die Opposition mitwirkt.

Der Antrag der CDU, weitere 250 Millionen DM als Einnahme zu etatisieren, ist nicht nur unseriös, sondern er ist auch unsinnig. Ein solcher zusätzlicher Erlös ist im zweiten Jahr des Bestehens wirtschaftlich darstellbar nicht zu erzielen. Eine Etatisierung würde im Übrigen das Gebot der Haushaltswahrheit und -klarheit beeinträchtigen und ist damit nach dem Haushaltgrundsatzgesetz und der Landeshaushaltsordnung nicht zulässig. Sie haben also für die Höhe der beantragten Mehrausgaben, Herr Diegel, keinen seriösen Deckungsvorschlag.

(B)

Zum Einzelplan 12, dem Bereich des Finanzministeriums, möchte ich noch zwei Anmerkungen machen. Auch im Einzelplan 12 sind grundsätzlich die kw-Vermerke zügig zu realisieren. Das ist naturgemäß von der Arbeitsreduzierung und Erleichterung vor allem durch den Einsatz moderner Informationstechniken abhängig. Es ist erfreulich, dass die Mittel für die notwendige Hard- und Software und die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem erforderlichen Umfang weiter bereitgestellt werden.

Auch der Finanzminister muss seinen Beitrag zur Reduzierung der Personalkosten leisten. Eine besondere Betrachtung verdient der Bereich der Betriebsprüfung. Die Auswirkungen der 30 neuen Stellen sind mehrfach angegeben worden. Aber auch bei dieser Personalressource muss mit Augenmaß gehandelt werden und darf nicht das Wunschdenken das Handeln bestimmen. Hier wird im kommenden Jahr ein erster Schritt getan. Der Erfolg der Maßnahme ist sorgfältig zu beobachten.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. (C)

Erwin Siekmann (SPD): Noch ein letzter Punkt: Die CDU behauptet, der Haushalt für das Jahr 2002 sei möglicherweise nicht verfassungskonform. Die CDU stützt diese Behauptung auf einen falsch, zumindest aber überinterpretierten Vermerk des Landesrechnungshofes und ein vom Bund der Steuerzahler erstelltes Gutachten. Der Finanzminister hat in diesem Zusammenhang die an ihn gerichteten Fragen ausführlich und inzwischen auch schriftlich beantwortet. Die SPD-Fraktion ist nach diesen Erklärungen des Finanzministers davon überzeugt, dass der Haushalt 2002 nicht gegen die Verfassung verstößt.

(Edgar Moron [SPD]: Natürlich nicht!)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Erwin Siekmann (SPD): Gern. - Sollten der CDU die Ausführungen des Finanzministers nicht reichen, mag sie von ihrem Recht Gebrauch machen, Verfassungsbeschwerde in Münster einzureichen. Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf: Tun Sie etwas! Entweder akzeptieren Sie die Aussage des Finanzministers, oder gehen Sie nach Münster. Spitzen Sie nicht nur den Mund, sondern pfeifen Sie auch. (D)

(Beifall bei der SPD)

Die Koalitionsfraktionen verabschieden heute in zweiter Lesung einen ausgeglichenen verfassungskonformen Haushalt in finanzpolitisch sehr schwieriger Zeit. Daher sind wir trotz der unvorhersehbaren Steuerausfälle in der Lage, die Mehrausgaben für unsere politischen Prioritäten zu finanzieren. Mit diesem Haushalt hat die Koalition ihre Handlungsfähigkeit in schwieriger Zeit bewiesen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP spricht jetzt Frau Freimuth.

(Zuruf von der SPD: Dem haben Sie gar nichts mehr entgegnzusetzen!)

(A) **Angela Freimuth (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alleine der Beitrag von Herrn Siekmann wäre es wert, ausführlich kommentiert zu werden. Ich werde das auch an der einen oder anderen Stelle tun.

(Frank Baranowski [SPD]: Machen Sie doch!)

Ich möchte beim Einzelplan 12 - Finanzverwaltung - ein bisschen an das anknüpfen, was wir vorhin bei den Stellenplänen gesagt haben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung müssen mehr als andere Verwaltungsbereiche unter insbesondere zwei Aspekten leiden. Zum einen ist die Vorbildfunktion des Finanzministers zu nennen, die wir als FDP nicht bestreiten wollen. Zum anderen gibt es immer neue Wunschlisten, was die Finanzverwaltung alles noch leisten soll. Es sind immer neue Aufgaben zu nennen, die ihr u. a. durch die rot-grüne Bundesregierung zugeschoben werden: 630-DM-Gesetz, Riester-Rente - um nur zwei Stichpunkte zu nennen.

Natürlich gibt es darüber hinaus - da beziehe ich die Zeiten, in denen wir auf Bundesebene Mitregierungsverantwortung getragen haben, durchaus ein - eine immer komplexere Steuergesetzgebung, immer mehr Richtlinien, die zum Zeitpunkt der Einsortierung meist schon nicht mehr aktuell sind und von den Bürgerinnen und Bürgern vielfach nicht nachvollzogen werden können. Wir haben ein Steuersystem, das in keiner Weise mehr transparent ist.

Deswegen fordern wir als FDP eine drastische Vereinfachung unseres Steuersystems und die deutliche Senkung der Steuersätze. Herr Siekmann hat zu den Vorteilen einer drastischen Steuerensenkung schon einiges ausgeführt, und dem ist nichts hinzuzufügen.

Was den Bereich der umstrittenen Thesen und Prognosen angeht, ob es möglicherweise negative Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben könnte, erlaube ich mir den Hinweis: Es hat eine Zeit gegeben, in der man glaubte, die Erde sei eine Scheibe.

(Edgar Moron [SPD]: Es gab eine Zeit, in der die FDP glaubte, 18 % zu erreichen!)

- Zu den 18 %, Herr Moron, könnte ich vieles sagen. Aber dafür werden wir im nächsten Jahr sicherlich noch genügend Gelegenheit haben.

Vielleicht wird dazu aber schon in der kommenden Woche der eine oder andere in unmittelbarem Redewettstreit mit Ihnen die Gelegenheit ergreifen.

(Frank Baranowski [SPD]: Ist der nächste Woche wieder da?)

- Ich gehe davon aus. Schicken Sie ihm doch eine E-Mail "dringend gesucht". Das wird ihn sicherlich freuen.

Lassen Sie mich noch auf zwei andere Punkte eingehen, die von Herrn Siekmann auch angesprochen worden sind. Das ist zum einen der Vorwurf, dass der Haushalt nicht verfassungskonform sei.

(Zurufe von der SPD)

- Er ist auf den Vorwurf eingegangen, dass der Haushalt nicht verfassungskonform sei. Das habe ich, glaube ich, schon richtig wiedergegeben.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe ja nicht gesagt, dass er den Vorwurf erhoben hat. Ganz ruhig mit den jungen Pferden!

Worüber wir uns alle klar sein müssen, und zwar unabhängig von der Parteizugehörigkeit, ist, dass es vielleicht rechtlich nicht angreifbar ist - ich habe das im Einzelnen noch nicht überprüft, die FDP prüft die rechtliche Bewertung -, dass wir uns aber politisch mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob so etwas eine verantwortungsvolle, eine nachhaltige Haushaltspolitik ist. Das, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, ist eine Frage, über die wir noch gesondert diskutieren müssen und vielleicht erst diskutieren können, wenn sich hier die Aufregung um das Gutachten von Herrn Prof. Birk etwas gelegt hat und wir vielleicht alle mit der gebotenen Sachlichkeit auf die Argumente dieses Gutachtens und des Finanzministeriums eingehen können und dann, was unsere Aufgabe als Parlament ist, eine politische Bewertung vornehmen können.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen, der hier nicht deutlich genug angesprochen worden ist; das ist die Verschuldung. Wir als FDP bewerten den Zustand und die Entwicklung, die dieser Landeshaushalt nimmt, als katastrophal. Es ist eine Katastrophe, dass die Verschuldung immer weiter ansteigt. Ich erinnere an Ihre Koalitionsvereinbarung. Darin haben Sie festgestellt,

(C)

(D)

(Angela Freimuth [FDP])

- (A) dass Sie die Nettoneuverschuldung auf unter 5 Milliarden DM senken wollen. Das ist zwar eine völlig unzureichende Zielvorgabe, sie geht aber immerhin in die richtige Richtung. Ihre reale Politik sieht leider anders aus.

Wir müssen konsequent Schulden abbauen! Völlig d'accord! Da gibt es wahrscheinlich keinen allzu großen Dissens zwischen dem einen oder anderen Mitglied der Landesregierung und auch dem einen oder anderen Mitglied von SPD und Grünen und uns. Wenn wir uns aber mit der tatsächlichen Haushaltslage und Haushaltsentwicklung befassen, dann ist genau das Gegenteil der Fall: Auch in diesem Haushalt werden wir einen Anstieg der Nettoneuverschuldung haben, und das ist nun eindeutig ein Schritt in die falsche Richtung.

Herr Minister, Sie sind unter dem Motto angetreten: Wir wollen eine nachhaltige Politik für die Zukunft unserer Kinder. - Diesem Anspruch werden Sie leider nicht gerecht, und ich betone ausdrücklich für die FDP: leider. Wir benötigen eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Das heißt auch, dass Sie den Mut aufbringen müssen - und wir als FDP haben den Mut dazu -, in der Haushalts- und Finanzpolitik strukturelle Änderungen vorzunehmen.

- (B) Wir benötigen die Privatisierung von Landesbeteiligungen, die Aufnahme von Verhandlungen über den Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung, die Realisierung von geldwerten Forderungen und Einstieg in den Bürokratie- und Aufgabenabbau, um hier nur einige Punkte anzuführen. Sie verspielen - weil Sie zu diesen strukturellen Veränderungen nicht den Mut haben, weil Sie sich noch nicht einmal die Freiheit des Denkens nehmen wollen - die Zukunftschancen für nachfolgende Generationen. Wir als FDP haben Ihnen Finanzierungsmöglichkeiten angeboten, die Sie von vornherein verworfen haben.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nochmals - ich habe das bereits für den vergangenen Haushalt getan und werde wahrscheinlich immer wieder diese strukturellen Veränderungen in der Haushalts- und Finanzpolitik anmahnen -: Nehmen Sie sich einmal die Freiheit, darüber nachzudenken, was alles auf dem Verhandlungsweg erreicht werden kann. Meinen Sie nicht auch, dass es sich lohnt, sich die Freiheit zu erhalten, unkonventionell und das scheinbar Unmögliche zu denken und die Realisierung zu versuchen? Aber Sie finden nicht den Mut zum Ausstieg aus der Steinkohle-

subventionierung. Es ist bei Ihnen nicht einmal in der Langfristplanung enthalten.

Meinen Sie nicht, dass die Menschen, die in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt sind, ein Recht darauf haben, sich auf den Ausstieg aus Erhaltungssubventionen einzustellen? Wollen Sie wirklich eine unwirtschaftliche Steinkohleförderung auch weiterhin mit Milliarden Steuergeldern subventionieren? Wenn ja, dann sagen Sie das klar und deutlich. Dann sagen Sie auch, dass die notwendigen Investitionen in die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen von Ihnen nicht gewollt ist, weil Sie aus Solidarität zu einem vermeintlichen Wählerklientel Zechenromantik weiterbetreiben wollen.

Da kann ich Ihnen nur sagen: Sie schätzen den Gestaltungswillen der im Bergbau beschäftigten Menschen aus unserer Sicht völlig falsch ein. Das sind Menschen, die klar wissen wollen, woran sie sind, die leistungswillig sind, die gut ausgebildet sind und die mit ihrem Fachwissen auch in anderen Wirtschaftszweigen benötigt werden. Wir als FDP sagen klar, dass wir lieber heute als morgen aus der Steinkohlesubventionierung aussteigen wollen. Wir wollen das Geld lieber in Aus- und Weiterbildung investieren, in Verkehrsinfrastruktur, in die Kommunen und in die innere Sicherheit.

(Beifall bei der FDP)

Meine Kollegen haben bei der Beratung der Einzelpläne schon erläutert, wie unsere Prioritäten konkret aussehen. Ich will die Diskussion an dieser Stelle und zu dieser Uhrzeit nicht noch einmal wiederholen.

Lassen Sie mich nur sagen, dass wir die von Ihnen fortgesetzte Politik der Erstarrung keinesfalls billigen und dass wir, auch wenn Sie uns, Herr Minister, wie in diesem Jahr geschehen, in den kommenden Jahren wiederholt Fantasielosigkeit vorwerfen, davon völlig unbeeindruckt sind. Ich erinnere da nur an die Volksweisheit: "Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen" oder an den Sponti-Spruch: "Wer im Schlachthaus sitzt, sollte nicht mit Schweinen werfen."

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch einige Bemerkungen wiederholen.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(C)

(D)



(Angela Freimuth [FDP])

(A) - Ja, ich habe noch zwei Minuten, Herr Ministerpräsident.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, ganz ruhig! Ansonsten handele ich das ähnlich großzügig, wie der eine oder andere Kollege in diesem Raum.

Lassen Sie mich noch auf einen Aspekt hinweisen, den wir nicht aus den Augen verlieren sollten; das ist die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Unstreitig - auch von allen Fraktionen anerkannt - ist, dass wir hier notwendigen Handlungsbedarf haben und dass dieses Thema bald - am besten schon gestern - angepackt werden muss. Mein Kollege Dr. Wolf hat heute Morgen im Hinblick auf die Finanzbeziehungen zu den Kommunen schon einiges gesagt. Das will ich nicht im Einzelnen wiederholen.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass aus Sicht der FDP hier unbedingt wettbewerbsfördernde Elemente aufgenommen werden müssen, dass wir bei einer Neuregelung der Finanzbeziehungen Selbstbestimmung als Voraussetzung für die Freiheit und für die Autonomie ansehen und dass wir deswegen auch eine klare Aufgabenzuweisung an die verschiedenen Ebenen mit jeweils ausschließlicher Verantwortung für Gesetzgebung und Finanzierung, gepaart mit eigenständiger Steuererhebung auf allen Ebenen, als vorrangiges Ziel ansehen.

(B)

Hier besteht nach wie vor dringender Handlungsbedarf. Ich weiß, dass die Diskussionen bei Ihnen zum Teil auch in dieser Richtung geführt werden. Ich möchte Sie für die FDP-Fraktion ermutigen, mit uns gemeinsam in diese Richtung zu gehen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Kollege Sagel.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gab Spontisprüche von der FDP. Es wird in diesem Hause immer besser. Ich bin wirklich überrascht.

(Zurufe von der FDP)

Sie sind wirklich die Partei des Wandels. Sie müssen nur noch ihre Schlipse abnehmen, weil das nicht so richtig zu den Spontis passt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem der rote passt überhaupt nicht. Den hätte ich eher auf der anderen Seite des hohen Hauses erwartet.

Herr Diegel, Ihre Rede war wieder eine Meisterleistung. Sie stehen nicht am Rande des Abgrunds, wie Sie uns unterstellen, sondern Sie sind der schiere Abgrund.

(Zurufe von der FDP)

Ich höre Sie von Ausplünderung und Notstand reden. Man muss sich die Situation einmal vor Augen halten. Wir haben eine schwierige Haushaltssituation. Ich glaube, dass wir dennoch einen sehr ausgewogenen und vernünftigen Haushalt vorgelegt haben. Wenn Sie dann von Sozialabbau, Rasenmäher und weiß nicht was reden, kann ich wirklich nur lachen.

Wir haben Ihre Anträge gerade im Sozialbereich vermisst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben wirklich vermisst, dass Sie da nachbessern, wenn Sie damit so viele Probleme haben. Herr Diegel, dazu haben wir nichts gehört.

Auch lamentieren Sie ständig, der Haushalt sei verfassungswidrig. Gehen Sie doch endlich nach Münster! Wir haben darüber schon zig-mal debattiert. Wir haben uns gerade wieder fünf Minuten Ausführungen von Ihnen über das Gutachten angehört, das Prof. Birk vorgelegt hat. Der Mann hat aber nicht einen so tollen Ruf, wie Sie das hier darstellen. Gehen Sie ruhig nach Münster! Ich erwarte Sie dort mache Ihnen die Tore meiner Heimatstadt ganz weit auf. Ich freue mich, wenn Sie nach Münster kommen. Das gucke ich mir gerne an.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Dr. Stefan Grüll [FDP])

- Gerade Sie von der FDP sollten ganz ruhig sein. Sie reden von Steuersenkungen. Sie reden aber auch davon, der Haushalt sei nicht ausgewogen, und von Schuldenabbau. Wie wollen Sie das denn machen? Letztes Jahr waren die Steuersenkungen noch nicht in Kraft. Und was haben wir gehabt? Wir hatten einen wesentlich besseren Haushalt, weil wir viel mehr Einnahmen hatten.

(C)

(D)

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

(A) Das zeigt doch sehr deutlich: Nicht immer sind Steuersenkungen so positiv, wie Sie das beschreiben.

(Zuruf von der FDP: Dann erhöhen Sie doch die Steuern!)

- Nein! Ja!

(Zuruf von der CDU: Nein, ja - was denn nun?)

Steuern erhöhen finde ich sehr richtig,

(Zurufe von CDU und FDP: Aha!)

aber bei den richtigen Leuten. Das Stichwort heißt Vermögensteuer. Das ist nämlich eine sehr vernünftige Maßnahme. Man muss sich die Leute mit Kapitalvermögen einmal angucken. Vielleicht kommen die Sozialdemokraten auch wieder in diese Richtung. Ich finde, das ist ein sehr vernünftiger Vorschlag. Ich denke, man muss tatsächlich die niedrigen Lohngruppen von der Einkommensteuer entlasten. Das ist sehr vernünftig. Aber man muss auch andere belasten.

Solide Finanzen sind ganz wesentlich. Natürlich muss man hier auch sozial und ökologisch umsteuern. Das haben wir in diesem Haushalt erneut gemacht. Aber wenn man sich Ihre Sparvorschläge und Ihre Umstrukturierungsvorschläge anguckt, schlägt das dem Fass den Boden aus.

(B)

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Sie reden den Finanzminister aus dem Saal heraus!)

- Das glaube ich kaum.

Gucken Sie sich doch einmal Ihre Vorschläge an.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Er ist auf der Flucht vor Ihnen!)

Mit solider Haushaltspolitik hat das ganz, ganz wenig zu tun.

(Zuruf von der FDP: Genau!)

Den Vogel haben Sie wieder mit den Steinkohlesubventionen abgeschossen. Den Betrag von 1 Milliarde wollen Sie mit einem Schlag auf null setzen. Das war Ihr großer Deckungsbeitrag. Den wollen Sie gleich in alles investieren. Er soll reichen für 3 Milliarden Mehrausgaben, die Sie hier angeführt haben. 3 Milliarden Mehrausgaben wollen Sie aus diesem Haushalt herausquetschen.

Ich frage mich: Wie soll das gehen? Das ist die Frage. Dazu haben Sie keinen einzigen vernünftigen, realisierbaren Vorschlag gemacht, außer dass Sie die Kumpels direkt zum 1. Januar 2002 auf die Straße schicken wollen. Dies sind aber immerhin noch über 40.000 hier in NRW.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Politik, die Sie machen.

An die CDU sage ich: Auf der einen Seite wollen Sie Personalmehrausgaben, 500 neue Stellen, und auf der anderen Seite wollen Sie 1,5 % quer über alle Haushalte kürzen. Sie haben keine vernünftigen Vorschläge.

Wir meinen auch, dass man an bestimmten Stellen mehr Personal einstellen kann, z. B. bei den Betriebsprüfern. Das ist eine sehr vernünftige Sache. Da haben wir nämlich Defizite. Damit kann man auch Mehreinnahmen erzielen. Da machen wir auch etwas. Mit diesem Haushalt wollen wir 30 neue Betriebsprüfer einstellen. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber Sie von der CDU bringen Vorschläge mit 500 neuen Stellen. Bei der FDP geht es gleich um 1 Milliarde Einsparung bei der Steinkohle. Das ist eine Politik, die uns wirklich in den Abgrund führt. Dazu kann ich nur sagen: Dafür stehen wir nicht zur Verfügung, dafür werden wir auch nicht zur Verfügung stehen. Und ich hoffe sehr, dass Sie niemals dafür hier als Regierung auf diesem Platz stehen.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. - Für die Landesregierung spricht jetzt Finanzminister Steinbrück.

(Zurufe von der FDP - Gegenrufe von der SPD)

**Peer Steinbrück, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Diegel, ich bin für die dritte Lesung zur Frage der angeblichen Verfassungswidrigkeit sehr gut präpariert und habe fast Hemmungen, das Pulver jetzt schon zu verschießen. Das lohnt sich nicht.

Aber ich habe durch die Lektüre von Landtagsprotokollen festgestellt, dass Sie persönlich die

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Frage der Verfassungswidrigkeit seit 12 ½ Jahren prüfen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der FDP)

Das lässt sich leicht belegen. Ich rate Ihnen: Gucken Sie sich einmal an, was Sie 1989 und 1996 dazu gesagt haben.

Das Bild ist völlig falsch, dass man bei Ihnen in einen Abgrund guckt. Das wäre zu viel Tiefe.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Was Sie zum Thema Verfassungswidrigkeit zu bieten haben, ist eine alte Schellack-Platte mit ziemlich vielen Rissen.

Das Schema ist immer wieder dasselbe. Es wird mir ein innerer Parteitag sein, Ihnen im Rahmen der dritten Lesung entgegenzutreten. Seit zwölf-feinhalb Jahren prüft die CDU die Verfassungswidrigkeit der Rücklagenbildung.

Ich mache eine Prognose: Schlau wie sie ist, hat sich die FDP vielleicht inzwischen Landesrechnungshofberichte auch aus anderen Ländern besorgt. Weder die FDP - die schon gar nicht - noch Sie von der CDU werden nach Münster gehen. Wollen wir um sechs Flaschen Margaux wetten? Beim letzten Mal habe ich von Ihrem Kollegen Uhlenberg auch schon eine Kiste bekommen.

(B)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie kommen damit nicht durch. Sie versuchen, das Thema der Verfassungswidrigkeit in der Publizistik bzw. der veröffentlichten Meinung nach dem Motto tropfen zu lassen: Da ist etwas Unanständiges.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Diegel?

**Peer Steinbrück, Finanzminister:** Ja, darauf freue ich mich.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Bitte schön, Herr Diegel.

(Heinz Hardt [CDU]: Der will die sechs Flaschen haben!)

**Helmut Diegel (CDU):** Herr Finanzminister, die Wette nehme ich gerne an. Einverstanden?

(C)

(Minister Peer Steinbrück: Schon gewonnen für mich!)

Um auf das Sachthema zurückzukommen: Ich habe schon ein Interesse daran zu erfahren, wie Sie dem Parlament erklären wollen, Kenntnis davon zu haben, dass der Haushalt 2002 durch das Erdgasrückzahlungsgeschäft der Niedersachsen in Höhe von bis zu 450 Millionen DM zusätzlich belastet wird.

Ich hätte darüber hinaus gerne gewusst, wie Sie die von Herrn Sengera gestern auf der Gewährträgerversammlung angesprochene nötige Eigenkapitaldeckung in Höhe von rund 2 Millionen DM hier im Haushalt 2002 verkraften. Sie wissen, dass Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit gebieten, dass Sie alle Informationen in einen Haushaltsplan einbinden. Ich bitte Sie vor dem Hintergrund um Auskunft zu meinen Fragen.

**Peer Steinbrück, Finanzminister:** Das ist ein klassischer Szenenwechsel. Herr Diegel weiß, dass er mit dem Thema der Rücklagenbildung für die vergangenen Jahre nicht mehr gewinnen kann und springt deshalb in das Jahr 2002. Die erste Nummer zur Rücklagenbildung in den 90er-Jahren und das Jahr 2000 hat er vergeigt.

(D)

(Marianne Thomann-Stahl [FDP]: Das ist aber schwach!)

Jetzt sagt er: Ich müsste schon jetzt in den Haushaltsplan 2002 bestimmte zusätzliche Ausgaben einstellen. Er hat aber lediglich zwei alte Waschläppen gefunden, von denen er glaubt, er könne die hier hinwerfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Zum einen geht es dabei um den Prozess, den das Land Niedersachsen beim Bundesverwaltungsgericht in Bezug auf die Abgaben zum Erdgas und Erdöl verloren hat. Diesbezüglich bin ich auch schon vorbereitet. Deshalb täte es mir weh, Ihnen das jetzt schon alles zu präsentieren. Ich werde in der dritten Lesung gern auf das von Baden-Württemberg beauftragte Kirchhoff-Gutachten eingehen. Besorgen Sie sich das vorher. Es wird spannend! Dann werden Sie feststellen: Die von Ihnen zitierten Zahlen sind allesamt Tinnel.

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Außerdem mache ich mir Reden zu Eigen, die heute in anderen Landesparlamenten vorgetragen worden sind. Herr Präsident, mit Ihrer Zustimmung zitiere ich meinen rheinland-pfälzischen Kollegen Gernot Mittler:

"Für ein anderes Ereignis, das seit vergangener Woche öffentlich geworden ist, haben wir keine explizite Vorgabe getroffen. Gespräche darüber ..."

- das ist der von Ihnen erwähnte niedersächsische Fall -

"... haben bisher noch nicht stattgefunden. Doch hat z. B. ein bereits vor Monaten diesbezüglich von der Landesregierung Baden-Württemberg in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten eine erheblich differenziertere Sicht als die der niedersächsischen Landesregierung ergeben."

Keine einzige andere Landesregierung hat Veranlassung, bezogen auf dieses strittige Thema in vorausgehendem Gehorsam Mittel im Haushalt 2002 zu veranschlagen.

Die Kapitalerhöhung in Höhe von 2,5 Milliarden DM bei der WestLB ist notwendig. Diese Mittel werden nicht im Haushaltsjahr 2002 haushaltsrelevant.

(B)

Was bedeutet das? - Diese Chimäre, dieser Popanz, dieser riesige Ballon, den Sie - Stichwort: Verfassungsmäßigkeit - steigen lassen, greifen wir gerne in der dritten Lesung auf. Denken Sie an das, was Sie dazu schon 1989 gesagt haben, Herr Diegel. Ich warte, bis die Journalistenbank etwas besser besetzt ist, dann geht es weiter. Ich bin gut vorbereitet.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Noch einmal: Sie werden nicht nach Münster gehen. Wetten? Sie gehen nicht!

(Beifall bei der SPD)

Jetzt noch zu dieser Geschichte mit dem schönen Namen "Brigitta". Verheiraten Sie sich nicht mit Brigitta. Da kommt es eindeutig zu einer schnellen Scheidung. Das schwöre ich Ihnen.

Jetzt zum Thema "Verfassungsgrenze": Man hat den Eindruck, dass die Ergebnisse der Steuerschätzung an Ihnen völlig vorbeigegangen sind. Es stimmt, dass wir uns mit unserem Haushalt etwa 100 Millionen DM vor der Verfassungsgrenze

zu befinden. An der Stelle wird es äußerst eng. Es gibt andere Länder, die sich noch viel näher an dieser Grenze befinden. Bei denen ist das Gummiband so gedehnt, dass sie keine großen Turnübungen mehr machen oder drei Gänge essen können. Dann wären die schon über dieser Grenze. Wir sind noch einigermaßen gut davor.

Die Einlassungen von Frau Freimuth wundern mich auch. Viel ist nicht mehr drin, und etwas anderes habe ich nie gesagt. Dass der Finanzminister dann allen Beteiligten im Parlament sagen muss, den Haushalt nicht mehr strapazieren zu können, will man nicht sehenden Auges im Aufstellungsverfahren über die Verfassungsgrenze gehen, ist nun einmal seine Aufgabe.

Ihrer Annahme, Herr Birk hätte mit Blick auf die vergangenen Haushalte Recht, muss ich entgegenhalten, dass Sie genau wissen, dass Sie in Auslegung des Artikel 83 der Landesverfassung nicht die Spur einer Chance haben. Prüfen Sie aber ruhig noch ein bisschen. Das ist in Ordnung.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Zwölfteinhalb Jahre lang!)

Wir haben es vorhin schon einmal im Zusammenhang mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz diskutiert. Ich wiederhole es aber: Unter Berücksichtigung aller Verrechnungen - einschließlich der bei der Krankenhausfinanzierung - ist das, was den Kommunen im Rahmen des Steuerverbundes im nächsten Jahr zufließt, wenig, ja sogar eindeutig zu wenig vor dem Hintergrund der Sorgen, die Sie haben.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Aber immerhin handelt es sich noch um ein Plus von 0,1 %, während der Landeshaushalt ein Minus von 0,4 % aufweist. Sie werden also das Bild dieser ewigen Drangsalierung der Kommunen nicht aufrechterhalten können. Herr Diegel, die Befrachtungen haben sich übrigens nicht geändert. Dort verhält es sich anders, als es die Zahlen aussagen, die Sie in die Debatte werfen. Woher Sie die 700 Millionen haben, weiß ich nicht. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir in der dritten Lesung auch etwas zum Lernen gäben. Wir jedenfalls kommen auf eine Gesamtbefrachtung in Höhe von 635 Millionen, eine Summe, die allerdings unverändert gegenüber den Vorjahren ist. Diese Befrachtungen sind allesamt begründet, und zwar aus der entsprechenden Einbeziehung der Kommunen bei Lasten, wie sie z. B. durch die

(C)

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Finanzierung des Fonds Deutscher Einheit entstehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Ansonsten bin ich davon überzeugt, dass der Landesregierung unter den obwaltenden Gegebenheiten in einem sehr kooperativen Verhältnis mit den beiden Regierungsfractionen ein Haushaltsentwurf gelungen ist, der die Probleme einigermaßen bewältigt, selbst wenn wir - anders als wir es gewollt haben - die Nettokreditaufnahme um 400 Millionen gegenüber dem Soll des laufenden Jahres erhöhen müssen.

Zu meinem Leidwesen werden wir in diesem Jahr keine Rücklage bilden. Es wird hier in diesem Parlament noch viele geben, die mir bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2003 zurufen werden: Hätten wir doch eine Rücklage, um das Aufstellungsverfahren für das Jahr 2003 zu erleichtern! - Die CDU wird nicht dazugehören, wohl aber all diejenigen, die mich im Haushaltsaufstellungsverfahren für das nächste Jahr unterstützen wollen. Ich freue mich sehr auf die dritte Lesung. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir jetzt zur **Abstimmung** kommen können, und zwar zunächst über den **Einzelplan 12** - Finanzministerium - und dort über die **Änderungsanträge** unter den **Nummern 142 bis 145** aus der Übersicht.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2021** - Verstärkung der Betriebsprüfung - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 13/2022** - Stichwort: Erhöhung des Ansatzes um die "Rendite" des BLB. Wer stimmt diesem Antrag der CDU zu? - Wer stimmt dagegen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition und der FDP gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der FDP **Drucksache 13/2023** ab - Stichwort: Verbesserung des Zustands der Gebäude und Räume an den Hochschulen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der FDP zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der FDP **Drucksache 13/2024** - Stichwort: Verbesserung der baulichen Substanz der Hochschulen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 12 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1812**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der Opposition **angenommen**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 20** - Allgemeine Finanzverwaltung. Wir kommen auch hier zunächst zu den **Änderungsanträgen**. Das sind in der Übersicht die laufenden **Nummern 146 bis 153 und 156 bis 160**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2025** - Stichwort: Verstärkung der Betriebsprüfung. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der FDP **Drucksache 13/2026** ab. - Stichwort: Verbesserung der Attraktivität des Lehrerberufs. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 13/2027** ab - Stichwort: Wiedereinsetzung der Jubiläumsverwendungsordnung. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dage-

(C)

(D)

(Vizepräsident Jan Söffing)

- (A) gen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.
- Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 13/2028** ab - Stichwort: Zusätzliche Stellen für Lehrer. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.
- Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 13/2029** - Stichwort: Abbau der Erhaltungssubventionen für die deutsche Steinkohle. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition sowie der CDU gegen die Stimmen der FDP **abgelehnt**.
- Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 13/2030** ab - Stichwort: Mittel für Schülerfahrkosten. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.
- (B) Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der FDP **Drucksache 13/2031** ab - Stichwort: Erhöhung der Investitionspauschale. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.
- Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 13/2032** ab - Stichwort: Einnahmen aus Sonderrücklage "Wohnungsbauförderungsanstalt". Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungsfractionen und der CDU gegen die Stimmen der FDP **abgelehnt**.
- Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/2036** ab - Stichwort: Reduzierung der Ansätze um 10 %. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.
- Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der CDU **Drucksache 13/2037** ab - Stichwort: Reduzierung der Ansätze um 70 %. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.
- Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/2038** ab - Stichwort: Reduzierung der Ansätze um 70 %. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.
- Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2039** - Stichwort: Reduzierung der Ansätze um 70 %. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.
- Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2035** - Stichwort: Reduzierung der Ansätze um 80 %. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.
- (D) Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 20 entsprechend der **Beschlussempfehlung 13/1816**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen**.
- Wir kommen als Nächstes zur **Abstimmung** zum **Haushaltsgesetz 2002** und dort zunächst zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2033** - Stichwort: Streichung der Änderung des Krankenhausgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Unterhaltsvorschussgesetzes. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungskoalitionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

(Vizepräsident Jan Söffing)

(A) Wir kommen als Nächstes zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2002 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1800** des Haushalts- und Finanzausschusses. Mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2002 erfolgt die **Gesamtabstimmung in zweiter Lesung**. Wer dem Haushaltsentwurf 2002 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Haushaltsentwurf 2002 in zweiter Lesung mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zur Vorbereitung auf die dritte Lesung lasse ich jetzt über die Rücküberweisung des **Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002** an den Haushalts- und Finanzausschuss abstimmen. Wer dieser Rücküberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2002 in der Fassung nach der zweiten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss **zurücküberwiesen**.

(B) Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die dritte Lesung des Haushalts ist für Mittwoch, den 19. Dezember 2002, vorgesehen.

(D)

Unsere nächste Sitzung findet morgen statt. Hierzu darf ich Sie für 10 Uhr einladen. Ansonsten wünsche ich Ihnen noch eine gute Heimfahrt und einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.19 Uhr

\*3 Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

18. Dezember 2001/Ausgegeben: 20. Dezember 2001

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 71 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.